

[CAMPUS.ONLINE] Corona-Gespräche: Europa - Gemeinsam oder einsam durch die Krise?

## Beantwortung der Fragen des Publikums durch EU-Haushalts-Kommissar Johannes Hahn

▣ Harald Fiegl fragt:

Wird das Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts über die Anleihe-Ankäufe der EZB an der Zinspolitik etwas ändern?

Ich gehe nicht davon aus, dass die EZB ihre Politik ändern wird. Denn der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat diese Anleihekäufe bereits genehmigt. Und der EuGH hat in allen europäischen Angelegenheiten das Vorrecht vor nationalem Recht. Die Europäische Kommission als Hüterin der Verträge unterstützt diese Position.

▣ Peter Guggenberger fragt:

Corona: Berliner sollen sobald als möglich nach Salzburg kommen aber Österreicher nicht nach Rom reisen?

Die Kommission hat gerade einen Vorschlag mit Empfehlungen vorgelegt, wie man mit Hilfe von gemeinsamen Standards einen koordinierten Ausstieg aus den Corona-bedingten Beschränkungsmaßnahmen schaffen kann. Dies betrifft sowohl das Öffnen der Grenzen als auch Vorgaben für den Tourismus. Wir brauchen eine gemeinsame, wissenschaftliche Beurteilung, zu welchem Zeitpunkt und in welchen Ländern Grenzöffnungen möglich sind. Dabei muss die Gesundheit, also die Bewertung auf epidemiologischer Basis, im Zentrum stehen. Ziel ist ein möglichst koordiniertes und phasenweises Vorgehen, es darf dabei aber keine Diskriminierung geben. Die Kommission hat keine Kompetenz im Bereich Tourismus, deswegen appelliere ich an die Mitgliedstaaten, sich abzustimmen. Nur mit einem koordinierten Vorgehen können wir gewährleisten, dass es aus dieser Krise mit asymmetrischen Effekten einen symmetrischen, das heißt ausgewogenen und für alle Mitgliedstaaten akzeptablen Ausstieg aus der Krise gibt.

▣ Anil Rai fragt:

Hallo Herr Kommissar Hahn, mich würde Ihre Einschätzung interessieren wie die EU die Verbindung von Konjunktur-Anschub und Klimaschutz schaffen kann? wird der Green Deal halten?

Ja, der Green Deal wird halten – mehr noch, er wird neben der Digitalisierung jene politische Priorität sein, die maßgeblich zum Wiederaufbau Europas nach der Corona-Krise beitragen wird. Der Green Deal ist Europas neue Wachstumsstrategie: um unsere ehrgeizigen Ziele im Klimaschutz und den Übergang zu einer de-karbonisierten Wirtschaft zu schaffen, müssen wir massiv in „grüne Technologien“ investieren. Dazu gehört etwa auch der ganze Komplex der Energie-Effizienz, klima- und umweltfreundlicher Transport, Forschung in neue Recycling-Methoden bis hin zur umwelt- und klimafreundlichen Bauten und sogar Städten. Die Corona-Krise hat die Dringlichkeit für eine nachhaltige und ressourcen-schonende Wirtschaft deutlich gemacht.

▣ Stefan Schmid fragt:

**Die Mitgliedsstaaten schnüren ja auch selbst Hilfspakete für die Wirtschaft. Warum braucht es überhaupt Finanzhilfe von der EU?**

Die Mitgliedstaaten waren auf eine derartige Krise nicht vorbereitet, daher waren die Maßnahmen gegen das Corona-Virus natürlich auch nicht in den nationalen Budgets kalkuliert. Kein Mitgliedstaat alleine könnte mit den Folgen dieser Krise für das Gesundheitswesen und die Wirtschaft fertig werden, denn angesichts der starken Verflechtung der Wirtschaften im Binnenmarkt ist jedes Land betroffen, wenn es auch Unterschiede in der Stärke der Folgen bzw. der Kapazität auf eine derartige Krise zu reagieren, gibt. Alleingänge einzelner Staaten, zum Beispiel in der Unterstützung ihrer Unternehmen, würde zu Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt führen. Gerade export-orientierte Länder wie Österreich und Deutschland sind auf ein stabiles wirtschaftliches Umfeld für den Absatz ihrer Produkte und auch zur Sicherung der Versorgungskette durch Zulieferbetriebe, die oft in Nachbarländern angesiedelt ist, angewiesen. Deswegen brauchen wir ein gemeinsames Vorgehen auf europäischer Ebene.

Was die Finanzierung der Maßnahmen betrifft, so ist das EU-Budget zwar im Vergleich zu den nationalen Budgets klein: Ausgaben der EU betragen weniger als 1% der gesamten EU-Wirtschaftsleistung, im Gegensatz dazu beträgt ein durchschnittlicher Staatshaushalt in der EU

46% des Volumens der betreffenden Volkswirtschaft. Umso beachtlicher ist die rasch zur Verfügung gestellte Hilfe, etwa 54 Mrd EUR für eine europäische Investitionsinitiative sowie das Instrument SURE, ausgestattet mit 100 Mrd EUR zur Unterstützung der Kurzarbeit in den Mitgliedstaaten.

Abgesehen davon haben wir unsere ganzen regulatorischen Möglichkeiten genutzt, um es Mitgliedstaaten zu ermöglichen, ihre Unternehmen effizient und unbürokratisch zu unterstützen. Etwa durch die flexible Handhabung der staatlichen Beihilfen, die Lockerung der rigiden Budgetdefizitregeln oder der Regeln für die Kreditvergabe. Denn Unternehmen benötigen in Zeiten des Geschäftsausfalls als erstes Liquidität, um Arbeitsplätze zu erhalten. Zusätzlich zu diesen Sofortmaßnahmen arbeitet die Kommission unter meiner Leitung an einem Programm zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas in dessen Zentrum das mehrjährige EU-Budget steht. Wir brauchen ein der Dimension dieser Krise angepasstes, innovatives und ambitioniertes Programm. Ich hoffe sehr, dass die Mitgliedstaaten unseren Vorschlag rasch annehmen werden – denn wir müssen rasch, entschlossen und gemeinsam handeln! Die Krise duldet keinen Aufschub!

 Sabine Kogler fragt:

**Wie kann die Kommission auf die Nationalstaaten einwirken, das befremdliche Zeichen und Bild von geschlossenen Grenzen rasch zu beseitigen? Das Projekt Europa, das auch ein Friedensprojekt ist, ist hier schon sehr in Frage gestellt. Die Zustimmung zu einer Union, die das zulässt, könnte rasch schwinden.**

Das ist in der Tat ein wichtiges Thema, das Sie ansprechen. So verständlich und auch EU-rechtlich zulässig eine Grenzschießung in Zeiten der Krise zum Schutz der eigenen Bevölkerung ist, so wichtig ist es, diese Maßnahmen zeitlich zu begrenzen und eine möglichst rasche und koordinierte Öffnung der Grenzen vorzunehmen. Der EU-Binnenmarkt garantiert die vier Freiheiten und ist ein Herzstück der Europäischen Union, Schengen ist eine der größten Errungenschaften der EU, auf die wir zu Recht stolz sind. Insbesondere der freie Personen- und Warenverkehr sind europäische Errungenschaften, welche die EU-BürgerInnen schätzen und die keineswegs in Frage gestellt werden dürfen. Die Kommission hat diese Woche Empfehlungen vorgestellt, wie wir schrittweise zu einer koordinierten Öffnung der Grenzen

innerhalb Europas gelangen können, die für die EU-BürgerInnen und auch das Funktionieren des Binnenmarkts von so großer Bedeutung ist.

▣ Niklas Berger fragt:

**Was ist die Position der Kommission zum EuGH-Urteil, das wiederum dem Karlsruher Urteil von dieser Woche zu den EZB-Anleihenkäufen widerspricht?**

Unsere Position ist ganz klar, wie auch von Kommissionspräsidentin Von der Leyen zum Ausdruck gebracht: Der Europäische Gerichtshof ist für Urteile in europäischen Angelegenheiten zuständig und nationale Gerichte haben sich daran zu halten. Das ist im EU-Vertrag festgelegt und die Europäische Kommission als Hüterin der Verträge wird alles tun, um dieses Grundprinzip der Europäischen Union zu verteidigen.

▣ Michael Sailer fragt:

Europa, insbesondere als Friedensprojekt, geht über die heutige EU hinaus. Kommissar HAHN, ehem. für Erweiterungsagenden zuständig, wie bewerten Sie die nur vagen Zugeständnisse [vgl. letzter EU-Summit vor drei Tagen] einer realistischen und zeitnahen Erweiterungsperspektive ggü. der Westbalkanstaaten? Das „europäische Narrativ“ ist in dieser Region seit Jahren am Rückzug, die derzeitige Situation wird von anderen Akteuren, insb. China geschickt [aus]genutzt. Hat Europa gerade andere Probleme als Nachbarschafts-/Erweiterungspolitik, "verlieren" wir gerade eine ganze Region mitten in Europa?

Nein, das würde ich keinesfalls so negativ interpretieren. Immerhin hat es die EU mitten in einer Krise noch nie dagewesener Dimension geschafft, endlich grünes Licht für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien zu geben. Auch wurde die Europäische Perspektive des gesamten Westbalkan in der Erklärung von Zagreb bekräftigt. Ich habe in meinem vorigen Mandat große Anstrengungen unternommen, um den EU-Mitgliedstaaten die Bedeutung der Region zu erklären. Denn die EU-Integration des Westbalkan ist im ureigensten Interesse der EU. Es muss in unserem Interesse sein, den Lebensstandard in dieser Region zu heben und die demokratische Entwicklung der Länder zu fördern. Mit einem Wort: Stabilität exportieren statt Instabilität zu importieren. Auch geostrategisch ist die Region von großer Bedeutung. Wir dürfen kein Vakuum entstehen lassen, das von politischen Mitbewerbern wie Russland, Türkei oder China genutzt wird, die alle ihre eigene politische

Agenda verfolgen, die nichts mit europäischen Standards gemeinsam hat. Gerade in unserem Vorhof müssen und können wir beweisen, dass wir auf globaler Ebene ein ernstzunehmender Akteur sind. Ich bin sehr zuversichtlich, dass die Erweiterung des Westbalkan auf Basis des von mir etablierten, stark reformorientierten Prozesses, trotz Krise eine politische Priorität bleibt.

▣ Sabine Kogler fragt:

Welche Think-Tanks gibt es auf europäischer Ebene, jenseits aller Gremien, die sich um notwendige Maßnahmen und deren Wechselwirkungen auf nationaler und europäischer und internationaler Ebene, Gedanken machen. Auf nationaler Ebene gibt es ja solche Boards. Interdisziplinär besetzt. Es braucht kreative Köpfe bei allem notwendigen Realitätssinn. Nur so gelingt, was eingangs erwähnt wurde: Freisetzen großer schöpferischer Kraft. Krise kann bekanntlich auch Chance sein.

Ich stimme vollkommen mit Ihnen überein, dass die europäischen Institutionen offen für Ideen und Anregungen von außen sein müssen. Sonst besteht die Gefahr, „betriebsblind“ zu werden. Der Europäischen Kommission und mir selbst ist der regelmäßige Austausch mit NGOs und Think Tanks sehr wichtig. Die Europäische Kommission und das Europäische Parlament haben auch eigene Think Tanks mit unabhängigen Experten, welche die EU auf Basis von Analysen beraten: für die Europäische Kommission ist es das Zentrum für Europäische Politikstrategie [European Political Strategy Centre] <https://medium.com/ecthinktank> und für das Parlament der „European Parliament Think Tank“. Darüber hinaus gibt es einen regelmäßigen Austausch mit Think Tanks, die sich mit europäischen Fragen beschäftigen wie etwa Bruegel: <https://www.bruegel.org/about/>, Carnegie-Europe: <https://carnegieendowment.org/academic/>, das Europäische Zentrum für Politikstudien [EPS] oder das European Policy Centre [EPC]. Interessant dürfte für Sie wahrscheinlich das European Policy Institutes Network [EPIN] sein, das zahlreiche think tanks in Europa umfasst. <https://epin.org/>

Ich selbst und viele meiner Kollegen sind bereits in diesen und anderen think tanks aufgetreten, um mit den Experten selbst oder bei von ihnen organisierten Veranstaltungen mit Studenten oder Akademikern zu diskutieren. Gerade in Krisen wie der derzeitigen ist es wichtig, offen zu bleiben für innovative und kreative Ideen.